



Herbstgutachten: Aufschwung schwächt nur leicht ab

Die Institute haben am Donnerstag, erstmals in neuer Konstellation, ihre Gemeinschaftsdiagnose vorgestellt. Die wichtigste Botschaft lautet: die Finanzmarktkrise schlägt nicht auf die Konjunktur durch, aber es bestehen Risiken und Unsicherheiten. Das Wirtschaftswachstum wird sich im nächsten Jahr auf 2,2 Prozent abschwächen, ein kräftiger Einbruch ist aber nicht zu erwarten. Sollten weitere Folgewirkungen der Finanzmarktkrise - etwa eine Verteuerung von Unternehmenskrediten - eintreten, wird sich das Wachstum etwas stärker abschwächen, aber es droht keine Rezession. Nichts Neues gibt es bei den Politikempfehlungen: die Gemeinschaftsdiagnose bleibt stramm auf neoliberalen Kurs.

Weltweite Konjunktur bleibt robust

Prognosen sind immer mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Zahlreiche Fehleinschätzungen der Vergangenheit belegen das. Diesmal ist die Vorhersage mit besonders vielen Unwägbarkeiten verknüpft. Niemand kann sicher sagen, ob die Finanzmarktkrise tatsächlich weitgehend überwunden ist und sich nicht dramatisch auf die Weltkonjunktur auswirken wird.

Weltweit verlangsamt sich das Wachstum nur leicht. Selbst in den USA, wo einerseits die Krise ihren Ursprung hat und andererseits die Konjunktur schon in einer sehr reifen Phase ist, fällt das Wachstum zwar schwach aus und fällt hinter die Entwicklung in Europa zurück, doch von einer Rezession kann keine Rede sein.

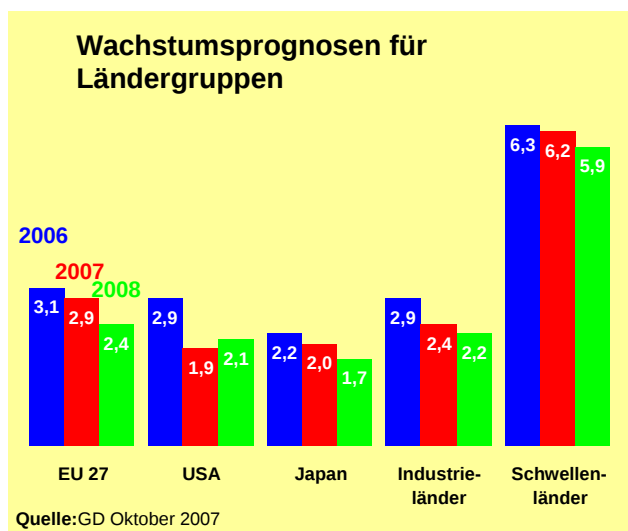
also besonders für die M+E-Industrie. Die Einschätzung der Weltkonjunktur der Institute deckt sich mit der einen Tag vorher präsentierten Vorschau des Internationalen Währungsfonds.

Finanzpolitik drückt 2007 Entwicklung in Deutschland

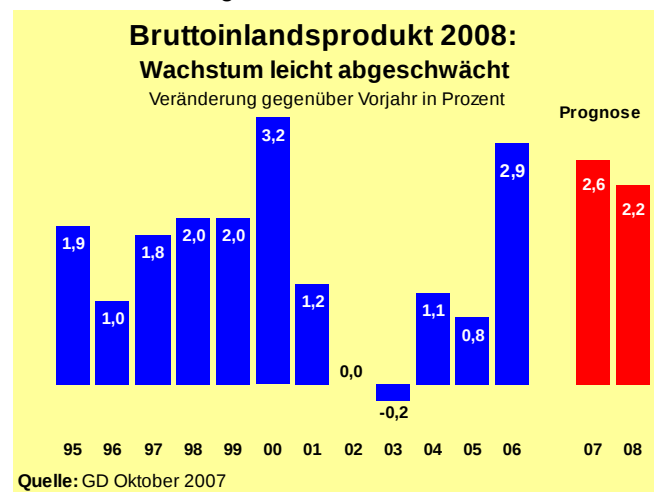
In Deutschland wird der Aufschwung in diesem Jahr von der Politik eingebremst. Staatliche Sparmaßnahmen, vor allem aber die Erhöhung der Mehrwertsteuer, haben die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt.

„Ausschlaggebend war die restriktive Finanzpolitik. Sie dämpfte die Inlandsnachfrage, insbesondere die privaten Konsumausgaben.“

Eine Einschätzung, die die IG Metall ausdrücklich teilt.



Vor allem die Schwellenländer, allen voran China mit 10,5 und Indien mit 8,5 Prozent Wachstum in 2008 entwickeln sich weiter sehr dynamisch. Aber auch die neuen Mitgliedsländer in der EU werden mit 5,3 Prozent kräftig zulegen. Das bedeutet auch weiterhin expandierende Märkte für die deutsche Exportindustrie,



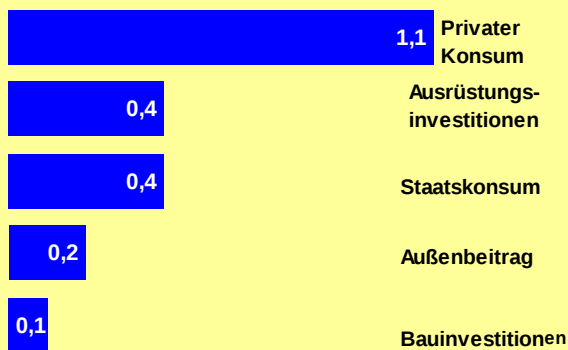
Bereits im letzten Jahr haben wir eindringlich vor dieser Entwicklung gewarnt. **Die Konsumausgaben der privaten Haushalte werden in diesem Jahr sogar um 0,1 Prozent sinken.** Weil die Investitionen und die Exporte aber weiter kräftig steigen, verringert sich das Wachstum nur leicht auf 2,6 Prozent.

Ausblick 2008: Wende zum Konsum?

Für das nächste Jahr rechnen die Institute damit, dass der private Konsum endlich seine Schwäche überwindet und zum Träger der wirtschaftlichen Entwicklung wird. Die Hälfte des Wachstums von 2,2 Prozent soll vom privaten Konsum ausgehen.

Dies wäre eine Entwicklung, die einem typischen Konjunkturzyklus entspräche, für eine nachhaltige Entwicklung notwendig ist und von der IG Metall begrüßt würde. Doch es ist keineswegs sicher, dass die Übertragung des Export- und Investitionsbooms auf die Binnenkonjunktur gelingt. Dafür werden gesamtwirtschaftlich kräftigere Lohnsteigerungen gebraucht.

Wachstumsbeiträge 2008 (Prognose)



Quelle: GD Oktober 2007

Die erwarteten Tariflohnerhöhungen von 2,6 Prozent, eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 270.000, eine leichte Zunahme der geringfügigen Beschäftigung und leicht steigende Sozialleistungen führen zu einem Anstieg der Masseneinkommen um 2,1 Prozent. **Bei einer Preissteigerungsrate von zwei Prozent bedeutet das preisbereinigt eine stagnierende Massenkaukraft!** Wie daraus der private Konsum zum Träger des Wachstums werden soll, bleibt das Geheimnis der Institute. In ihrer Frühjahrprognose hatten sie eine solche Entwicklung bereits für dieses Jahr prognostiziert und mussten diese Erwartungen fundamental korrigieren.

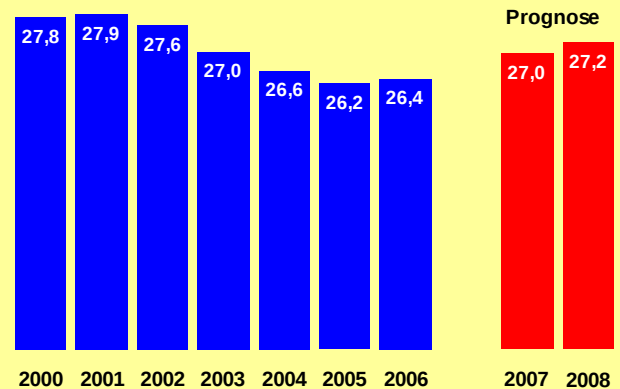
Dabei ist die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sogar noch überzeichnet. Im langjährigen Mittel steigt die Produktivität um knapp zwei Prozent, 2006 legte sie um 2,4 Prozent zu. Die Institute erwarten für 2008 aber nur eine Zunahme um 1,1 Prozent. Das ist nicht plausibel. Bei einer stärker steigenden Produktivität fallen die Beschäftigungseffekte des Wachstums nämlich geringer aus.

Trotzdem erwartet auch die IG Metall im nächsten Jahr keinen Konjunktüreinbruch, sondern nur eine Wachstumsabschwächung. Im Gegensatz zu den Instituten erwarten wir keine so kräftige Abschwächung bei den Investitionen. Die Investitionsgüterindustrie hat einen großen Auftragsbestand. Im ersten Halbjahr

2007 sind die Investitionen noch kräftig gestiegen. Nichts deutet derzeit auf eine Trendwende. Eher ist eine leichte Abschwächung auf hohem Niveau zu erwarten.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

in Millionen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit und GD Oktober 2007

Das gilt auch für die Exporte. In den ersten beiden Quartalen 2007 trug der Außenhandel noch 1,1 und 1,7 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Die Exporte nahmen um knapp zehn Prozent zu. Bei einer sich nur leicht abschwächenden Weltkonjunktur ist kein dramatischer Einbruch absehbar. Der gestiegene Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar erhöht zwar die Risiken, wird den Export aber nicht abwürgen.

Politikempfehlungen aus dem neoliberalen Gruselkabinett

Seit Jahren bewegen sich die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Institute im neoliberalen Mainstream. Daran hat auch eine neue Zusammensetzung der Prognostiker nichts geändert. Zentrale Forderungen sind:

- Moderate Lohnsteigerungen noch leicht unter dem verteilungsneutralen Spielraum. Wie bei einer sinkenden Lohnquote der private Verbrauch steigen soll, bleibt offen.
- In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik werden weitere „Reformen“ (=Kürzungen) gefordert. Selbst minimale Verbesserungen gegenüber der AGENDA 2010 werden kritisiert. Dabei sind die Beschäftigungserfolge rein konjunkturell: Selbst 2008 wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten noch deutlich unter dem (vor-AGENDA) Stand von 2001 liegen.
- Die Staatsquote soll weiter sinken. Dabei hat die restriktive Finanzpolitik bereits in diesem Jahr das Wachstum unnötig gebremst.
- Die Unternehmensteuerreform ist gescheitert. Nach der Prognose der Institute werden die Investitionen deutlich schwächer wachsen, obwohl das Gegenteil versprochen wurde. Trotzdem geht ihnen die Reform noch nicht weit genug.